



Kritik an Trägerschaft 3

Es ist nicht richtig, dass der Kanton Baselland, zusammen mit der Stadt, 100 Prozent der Uni-Kosten übernehmen muss für 49 Prozent der Studenten, sagt der Baselbieter Landrat Karl Willmann.

Hallo Nachbarn! 4

Wir suchen eine gute Nachbarschaft mit der Universität Basel, nicht eine Nachbarschaft der stummen Koexistenz, unterstreicht Peter Schmid, Präsident des Fachhochschulrates FHBB.

Die Uni gewinnt 5

Ich möchte, dass die Universität über genügend Mittel verfügt. Das können im Grunde genommen kaum je genug sein, erklärt Ueli Vischer, der neue Präsident des Universitätsrates.

Bitte vernetzen 7

80 Prozent der Innovationen entstehen durch Kommunikation. Diese findet im Kontakt und Austausch statt. Deshalb ist räumliche Nähe einer Uni wichtig, stellt Universitätsrat Klaus Endress fest.

Die Uni beider Basel ist auf Kurs

Die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel ist mit der Präsentation des Staatsvertrages am 29. September 2005 einen wichtigen Schritt weiter gekommen. Jetzt läuft die Vernehmlassung bis Ende Jahr. Die Basis, welche von den Regierungen in den Verhandlungen gelegt worden ist, lässt ab 2007 Gutes erwarten.

editorial



Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben Ende September den Bericht für eine gemeinsame Trägerschaft der Universität in die Vernehmlassung geschickt. Damit bestehen gute Aussichten, dass der vor über 10 Jahren mit dem Universitätsvertrag begonnene Prozess per 1.1.2007 zu einem Resultat führt, welches für die Entwicklung unserer Region entscheidende Impulse geben wird. In harten, fundierten Verhandlungen haben die Regierungen einen Verteilschlüssel erarbeitet und diesen nun erstmals auf die geplante gemeinsame Trägerschaft angewendet. Das Baselbiet soll damit in den nächsten Jahren finanziell stärker belastet werden als bisher. Dieses Geld geht aber nicht an den Kanton Basel-Stadt, wie von Gegnern immer wieder zu hören ist, sondern an die Universität, an unsere Uni! Sie soll damit in die Lage versetzt werden, im

bz FREITAG, 30. SEPTEMBER 2005

BASELLAND/REGION

Baselland wird zum Uni-Kanton

EINIGUNG / Der Staatsvertrag zwischen Baselland und Basel-Stadt für eine Uni beider Basel, die 2007 starten soll, li

Von Jürg Goss

BASEL. Im Jahr 2007 soll die älteste Uni des Landes definitiv eine Universität beider Basel sein. Seit gestern liegt der entsprechende Staatsvertrag vor, der nun in beiden Kantonen in die Vernehmlassung geschickt wird. In diesem Vertrag einigen sich die Regierungen von Baselland und Basel-Stadt auf eine gemeinsame Uni-Trägerschaft. Für das Baselbiet bedeutet dies, dass die Beiträge an die Uni später erhöht werden und der Kanton im Gegenzug dafür als Forschungsträger gleichberechtigt wird.

Beide Regierungen sprachen gestern im Wildschönen Haus ein-ü-ein des Kollegiumsbesucher am Petersplatz von einem «historischen Moment in der Partnerschaft der beiden Baseln». Und von der gemeinsamen Trägerschaft ab Januar 2007 beginnen sie können, haben sich die beiden Regierungen einen «verbindlichen Zeitplan» gesetzt, wie sich Regierungen ein



KOMME
Der nächst folgt so,

ANDREA MA
Erwartet Uni
muss
sagt werden
mitname
Stelle Amt
muss er
derung an

Ab 2007 gibt es die Universität beider Basel

Die älteste Schweizer Universität wird zur überkantonalen Hochschule: Baselland steigt in die Trägerschaft der Universität Basel ein.

Von **Peter W. Frey, Basel**

Erst aus der Distanz von Jahrzehnten lässt sich beurteilen, ob ein Anlass tatsächlich ein «historischer Moment» war. Der 1. Januar 2007 dürfte gute Chancen haben, auch in der Rückblende als ein derartiger

«Die Universität gehört bald beiden Basel», titelte die Basler Zeitung am 30. September. Noch etwas weiter ging die Basellandschaftliche Zeitung: «Beide Basel haben eine Uni». Im Tages-Anzeiger stand: «Ab 2007 gibt es die Universität beider Basel». Das ist alles sehr gut möglich. Aber letztlich haben die beiden Regierungen vor den Medien am 29. September erst die Vernehmlassung zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität

Basel gestartet. Diese dauert bis Ende 2005. Nach der Auswertung werden die Regierungen im Frühjahr 2006 den Parlamenten den Staatsvertrag sowie einen Leistungsauftrag 2007 bis 2009 für die Universität zur Genehmigung vorlegen.

Staatsvertrag und Leistungsauftrag sollen ihre Gültigkeit ab 1. Januar 2007 erhalten. Während der Staatsvertrag im Kanton Basel-Stadt aus nachvollziehbaren Gründen

Universität gehört bald beiden Basel

Basler Regierung kommt Liestal für eine gemeinsame Trägerschaft entgegen

Die Regierungen sind bereit, Baselbieter Stimmrecht zu gewähren, wenn die Uni stark und wird. (Basler Zeitung, 12. August 2009)



keine grossen politischen Wellen werfen wird, zeichnet sich für die zweite Hälfte des kommenden Jahres eine Volksabstimmung im Kanton Basel-Landschaft ab. Dies deshalb, weil ein Staatsvertrag «mit gesetzwesentlichem Inhalt» im Baselbiet nur dann keine Volksabstimmung benötigt, wenn ihm der Landrat mit vier Fünfteln der anwesenden Mitglieder zustimmt. Da die SVP, welche ihre kritische Haltung schon angekündigt hat, bereits über 20 der 90 Landratsmandate verfügt, ist allein schon deswegen mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer Volksabstimmung im Kanton Baselland auszugehen.

Dies ist allerdings kein Unglück. Die entsprechende Aufweichung des obligatorischen Referendums für Staatsverträge oder Gesetze im Kanton Baselland ist seit dem Jahr 2000 in Kraft. Mit ihr sollte verhindert werden, dass Volksabstimmungen über reine Formalien durchgeführt werden müssen, wenn sie ohne irgendwelches politisches Interesse sind. Bewusst ist mit diesem qualifizierten Mehr eine hohe Hürde für die Umgehung der Volksabstimmung angesetzt worden, um sicher zu stellen, dass es sich klar um eine unbestrittene Angelegenheit handelt.

Das ist aber bei einem Staatsvertrag über die ge-

meinsame Trägerschaft der Universität kaum der Fall. Deshalb hat der Baselbieter Finanzdirektor Adrian Ballmer schon beim Auftritt vor den Medien gesagt, das Referendum durch eine Partei – gemeint war die SVP – sei eine gute Sache, denn so wisse man wenigstens, dass das Volk dahinter steht. Ein anderer und wohl noch einfacherer Weg stünde den Baselbietern gemäss der eigenen Verfassung allerdings auch offen: Der Landrat kann – diesmal durch einfaches Mehr – den Staatsvertrag von sich aus der Volksabstimmung unterstellen. Das hätte eindeutig den Vorteil, dass keine einzelne Partei oder Organisation sich als «Retterin» vorkommen muss und die Diskussion schon zu Beginn absichtlich, unverkrampft und bewusst eingeleitet werden kann.

Der Staatsvertrag führt dazu, dass der Beitrag des Kantons Baselland an die Universität gegenüber dem Jahr 2006 um 16 Millionen Franken auf 127,5 Millionen steigen wird (inklusive Klinische Lehre und Forschung). Bis zum Jahr 2009 ist ein weiterer Anstieg auf 135 Millionen vorgesehen. Das sind, gegenüber heute, 23 Millionen Franken mehr.

Für den Kanton Basel-Stadt bleibt die Leistung an die Uni ungefähr wie heute. Im Jahre 2009 wird er 138 Millionen betragen. Das ist des-

halb so, weil die Universität mit dieser gemeinsamen Trägerschaft zusätzliches Geld erhält. Es kommt also in diesem Sinne nicht zu einer Entlastung von Basel-Stadt statt, sondern dank den zusätzlichen Baselbieter Millionen zu einer höchst erwünschten Besserausstattung der Universität. Die gemeinsame Trägerschaft führt damit zu einer besseren Uni.

internationalen Vergleich Spitzenleistungen zu erbringen – im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft, im Interesse von Arbeitsplätzen und Steuersubstrat in unserer Region. Ich bitte Sie, liebe FUB-Mitglieder, sich für die politische Umsetzung dieses Vorhabens zu engagieren.

Jean-Luc Nordmann

Globalisierung via Medien



Nachbesprechung beim Apéro im Kollegiengebäude.

Zu einem „Ausflug in die Medienwelt“ hat der Förderverein seine Mitglieder und Sympathisanten eingeladen, und zwar am 25. August. Auf dem Programm stand ein Referat von Professor Dr. Klaus Neumann-Braun zum Thema „Globalisierung via Medien“. Neumann-Braun stellte zunächst das Institut für Medienwissenschaften der Universität Basel vor und leitete über zu einem konkreten Beispiel, das an der Kinderfernsehserie Pokémon die „Globalisierung“ sichtbar macht. Dabei ging es vor allem um die Einführung von Poké-

mon auf dem japanischen Markt, den Sprung auf den amerikanischen Markt und schliesslich den Eintritt in den deutschsprachigen Raum. Professor Neumann-Braun zeigte, welche Veränderungen stattfanden – und welche nicht. Eindrückliche Beispiele darüber, wie die Welt, was die kulturellen Unterschiede betrifft, nicht zuletzt aus kommerziellen Gründen oftmals einfach flachgedrückt wird. Im Anschluss an die Veranstaltung war beim Apéro Gelegenheit, die Gedanken noch weiter zu vertiefen.

Kritik an der gemeinsamen Trägerschaft

Der Präsident der Baselbieter Erziehungs- und Kulturkommission, Karl Willimann (SVP), schlägt bezüglich der gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel kritische Töne an in dem Sinne, dass er eine Ausweitung dieser Trägerschaft auf weitere Kantone verlangt sowie eine Straffung des Lehrangebotes. Modellcharakter hätte hier die Fachhochschule Nordwestschweiz.



Landrat und Kommissionspräsident Karl Willimann

Karl Willimann kennt die Hochschullandschaft der Schweiz unter anderem von seiner nebenberuflichen Tätigkeit als Dozent an der ETH Zürich. Er war auch Präsident der eidg. Prüfungskommission für Ingenieur-Geometer. In dieser Eigenschaft musste er sich intensiv mit der Frage des Zugangs zur Hochschule für Technikums-/Ingenieurschulabsolventen auseinandersetzen. Die Geometer wehrten sich nämlich dagegen, dass jemand ohne Hochschulabschluss zur Prüfung zugelassen wurde. Doch fand man schliesslich einen Kompromiss, der aus einer qualifizierten Note 5 als Vorbedingung für die Aufnahme in das 5. Semester des entsprechenden Studienganges an der ETH besteht. Die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie ist für ihn unbestritten, insbesondere im Bereich von Biologie und

organischer und anorganischer Chemie. Allerdings bezweifelt er, ob die Universität Basel im Bereich Chemie noch über einen tadellosen Ruf verfüge. Auch die ETH habe im Laufe der Jahre hier an Terrain eingebüsst. Ganz vorne lägen England und die USA.

Eine enge Zusammenarbeit mit der Industrie für eine anwendungsorientierte Lösung erachtet der Praktiker Willimann – im gleichen Sinne auch für die Fachhochschule Nordwestschweiz für Life Science (Muttenz) – als unabdingbar. Eine Universität oder eine Fachhochschule, die abseits der aktuellen Bedürfnisse lehrt und forscht, wäre viel zu teuer, wirft er ein. Das bedeutet, dass auch die Industrie mitreden muss. Als Präsident der Interparlamentarischen Begleitkommission der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) warnt er vor dem Rückzug in den

Elfenbeinturm. Es wäre für die Studienabgänger in hohem Masse frustrierend, wenn sie zwar ausgebildet entlassen würden, auf dem Arbeitsmarkt jedoch feststellen müssten, dass das, was sie gelernt haben, gar nicht gefragt ist. Deshalb verlangt er für die Fachhochschule Nordwestschweiz eine externe Fachgruppe im Bereich Life-Science für den Aufbau der Lehrgänge. Erstens gehe es um die richtigen Dozenten, zweitens darum, festzulegen, welche Inhalte überhaupt Teil der Lehre sein soll. Die akademische Freiheit der Lehre führe sonst ins Offside. Überall ist dieser Bezug zur Praxis herauszuhören.

Im Zusammenhang mit der Universität Basel stört es ihn, dass die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für ihren Anteil von zusammen 49 Prozent der Studenten 100 Prozent der Kosten übernehmen. Aus seiner Sicht ist das unzulässig. Also müssten auch weitere Kantone, konkret der Aargau und der Kanton Solothurn, zur Zahlung herangezogen werden. Ähnlich wie das bei den Fachhochschule Nordwestschweiz der Fall ist. Diese habe nämlich Modellcharakter für eine künftige Universität Nordwestschweiz in Basel.

Der frühere SVP-Kantonalpräsident setzt auch ein Fragezeichen hinter die dichte Hochschullandschaft Schweiz. Alle möglichen Ausbildungen würden gleichzei-

tig angeboten, was die finanziellen Mittel unnötig verzettelte, statt dass diese konzentriert eingesetzt würden. Nach Willimann muss der Bund eine Hochschulkoordination einleiten und die Schwerpunkte aufteilen. Und er nennt als Beispiel die Geosteinkunde, die Petrographie. Es sei im Zeichen einer sorgfältigen Mittelverwendung unsinnig, praktisch überall alles – vor dünnen Reihen – anzubieten.

KK

Karl Willimann

Karl Willimann, dipl. Ing. ETH, wohnhaft in Füllinsdorf, war bis am 30. Juni 2003 Kantonsgeometer des Kantons Basel-Landschaft und trat als Folge seiner Wahl in den Landrat von diesem Posten zurück. Seit dem 1. Juli 2003 ist er Landrat. Während rund 10 Jahren übte er das Amt des Kantonalpräsidenten der SVP Baselland aus. Im Mai 2004 trat er von dieser Funktion zurück. Karl Willimann ist heute Präsident der landrätlichen Erziehungs- und Kulturkommission, welche stark in die Frage einer gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel involviert sein wird. Im Nebenamt wirkt er an der ETH Zürich als Dozent für Geomatik (Amtliche Vermessung und geographische Informationssysteme GIS).

Auf eine gute Nachbarschaft!



Dr. h.c. Peter Schmid, Präsident des Fachhochschulrates FHBB und der Projektsteuerung FHNW

Die Hochschullandschaft der Schweiz veränderte sich in den letzten Jahren beachtlich, sie gliedert sich neu in Universitäten und in Fachhochschulen. Der entschlossene Auf- und Ausbau der Fachhochschulen löste bei den Universitäten nicht nur Begeisterung aus. Müssen nun die finanziellen Mittel plötzlich unter den «ungleichen Brüdern» aufgeteilt werden? Fischen nun zwei Konkurrenten im gleichen Teich zukünftiger Studierender? Die kritischen Gedanken wurden ergänzt durch teilweise überhebliche Vorschläge für eine zukünftige Arbeitsteilung. Die Fachhochschulen sollen als Einrichtungen der höheren Berufsbildung Studierende aufnehmen, die der Praxis zuneigen, damit sich die Universitäten wieder vermehrt der freien Lehre und Forschung zuwenden können. Die anfängliche Skepsis nahm vielerorts schrittweise ab und von allem Anfang an suchten aufgeschlossene Persönlichkeiten Formen einer Zusammenarbeit.

Unterschiede werden, ja müssen bleiben. Mir liegt viel daran, dass der Zugang an die Fachhochschulen

nach wie vor primär über die Berufsmaturität oder die Fachmaturität offen ist und die Lehr- und Lernformen gut strukturiert in überschaubaren Lerngruppen gelebt werden. Nur so ergänzen sich Fachhochschulen und Universitäten. Die angewandte Forschung und die Grundlagenforschung unterscheiden sich. Ihre Ausgestaltung führt jedoch wechselseitig zu einer befruchtenden gemeinsamen Weiterentwicklung. Die konkrete Suche nach «Anwendung» kann wichtige Impulse für die Grundlagenforschung vermitteln und ohne Grundlagenforschung gibt es zu wenig «Stoff» für die Anwendung.

Menschen und Institutionen brauchen für ihre Entwicklung eine anregende Umgebung. Für die Fachhochschulen gehören die Universitäten zu den impulsspendenden Rahmenbedingungen. Das jüngste Beispiel kommt aus dem Kanton Aargau. Dort entsteht ein Kompetenzzentrum für Energie. Der ETH-Rat baut dieses Zentrum unter Federführung des Paul Scherrer Instituts in Villigen. Die Aargauer Regierung möchte mit einem zinslosen Darlehen von 10 Millionen Franken das Projekt unterstützen und auf dem geplanten Fachhochschulcampus unentgeltlich Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Der Fachhochschulcampus in Brugg-Windisch wird Teil der Fachhochschule Nordwestschweiz. Die Fachhochschule Nordwestschweiz versteht sich als Partnerin der Universität Basel. Die Fachhochschule Nordwestschweiz ist für mich ein wichtiger Angelpunkt für die

Hochschullandschaft Nordwestschweiz. Diese ist wiederum auch zur Unterstützung der Universität Basel gedacht.

Schon heute besteht zwischen der Fachhochschule beider Basel und der Universität Basel eine vielfältige Zusammenarbeit. Die aktuelle Liste umfasst ungefähr siebenzig Projekte. Ausmass und Bedeutung sind unterschiedlich. Es entstehen gegenseitig unterstützte Semesterarbeiten, es bestehen aber auch veritable gemeinsame Forschungsprojekte. Aus der langen Liste nenne ich willkürlich einige Beispiele. Die Abteilung Chemie FHBB und die Abteilung Pharmakologie/Neurobiologie des Biozentrums forschen gemeinsam zum Thema Arzneimittelinduktion. Die Abteilung Chemie FHBB arbeitet zusammen mit dem Departement Physik und Chemie der Universität Basel im Rahmen von Nanotechnologieprojekten. Die Abteilung IN3 der HGK (Hochschule für Gestaltung und Kunst) und die Allgemeine Psychologie

und Methodologie forschen gemeinsam über filmische Kompetenz und computergenerierte Animation im Architekturbereich. Die Abteilung Visuelle Kommunikation HGK und das Kunsthistorische Seminar der Uni Basel kooperieren langfristig im Forschungsprojekt Bildkritik: die Macht der Bilder.

Die Beispiele – so unterschiedlich sie sind – zeigen alle, wie wichtig das Zusammenwirken der Fachhochschule und der Universität ist. Die bevorstehende Gründung der Fachhochschule Nordwestschweiz ist alles andere als eine Abkehr von den Kooperationsbemühungen. Wir suchen eine gute Nachbarschaft mit der Universität Basel, nicht eine Nachbarschaft der stummen Koexistenz, sondern des lebendigen Austausches.

Dr. h.c. Peter Schmid, Präsident des Fachhochschulrates FHBB und der Projektsteuerung FHNW



Dr. h.c. Peter Schmid, Prof. Richard Bühler, Direktionspräsident der Fachhochschule Nordwestschweiz

Interview mit Dr. Ueli Vischer, Präsident des Universitätsrates

Universität beider Basel ist grosse Gewinnerin dieser bemerkenswerten politischen Entwicklung.



Herr Vischer, inwiefern steuert sich die Universität selber?

Ueli Vischer:

Die Universität Basel ist gemäss Unigesetz seit 10 Jahren eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit und mit dem Recht der Selbstverwaltung. Die Uni wurde damals nicht zuletzt auf Betreiben von BL hin als erste Universität der Schweiz in die Autonomie entlassen. Entsprechend sind ihre Organe strukturiert. Der Universitätsrat ist das oberste Entscheidungs- und Aufsichtsorgan, das Rektorat führt die gesamtuniversitären Geschäfte. Im neuen Universitätsvertrag BS/BL wird die Universität nun zu einer bikantonalen öffentlich-rechtlichen Anstalt, welche ein Recht auf Selbstverwaltung im Rahmen des Universitätsvertrages und des Leistungsauftrages durch die Regierungen hat. Hinzu kommt dann die interparlamentarische Obergabe, welche insbesondere durch eine gemeinsame Kommission der beiden Parlamente ausgeübt werden soll. Sie sehen also, es gibt verschie-

dene Players, welche an der Steuerung der Universität mitwirken. Ich sehe eine wichtige Aufgabe der Universität darin, dass sie gegenüber den Organen der beiden Trägerkantone volle Transparenz gewährleistet. Sodann wird es wichtig sein, dass jeder seine Rolle stufengerecht wahrnimmt. Dann kann die Universität die ihr bewusst gewährte Autonomie weiterhin gewinnbringend leben. Ich bin jedenfalls gespannt.

Wird aber die Autonomie der Universität nicht eher wieder eingeschränkt?

Ueli Vischer:

So verstehe ich die Papiere und auch die Aussagen der beiden Regierungen überhaupt nicht. Im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben der Parlamente und der Leistungsaufträge der Regierungen wird es weiterhin Aufgabe der Universitätsorgane sein, bezüglich des Einsatzes der Mittel insbesondere auch des Universitätsrates, die Universität im Einklang mit den strategischen Vorgaben möglichst wirkungsvoll zu führen.

Damit hängt also alles an diesen strategischen Vorgaben und daran, wie diese aussehen

Ueli Vischer:

Nicht alles, aber die Vorgaben der Trägerkantone, welche nun immerhin gut die Hälfte der universitären Vollkosten aufbringen, sind für die Universität schon wichtig. Andererseits haben die beiden Kantone dem Universitätsrat z.B. übertragen, die Entwicklungsschwerpunkte der Universität festzulegen, die Finanzkompetenzen wahrzunehmen, Studiengänge zu schaffen oder aufzuheben oder auch alle Wahlen vorzunehmen. Schon daraus wird ersichtlich, dass die Politik wirklich nur sehr übergeordnete Bereiche und das durchaus zu Recht „steuert“.

Sehen Sie für die Universität viele Veränderungen kommen?

Ueli Vischer:

Ja, das schon. Bei einer Institution, die dauernd im Wandel ist, an die auch von der Gesellschaft stets wechselnde Ansprüche herangetragen werden, die auch mehr denn je in scharfer Konkurrenz zu anderen Universitäten in der Schweiz und im Ausland steht, gibt es immer Handlungsbedarf. Die Basler Uni hat unter meinem Vorgänger bewiesen, dass sie diesen Herausforderungen gewachsen ist. Seit die Universität Basel in die Autonomie entlassen wurde, ist enorm viel modernisiert und verbessert worden. Ich kann also auf

einem hohen Level einsteigen.

Nützt Ihnen da Ihre Vergangenheit als Regierungsrat in dieser neuen Aufgabe?

Ueli Vischer:

Der Universitätsrat ist – zunächst mal abgesehen von dessen Präsidenten – hervorragend zusammengesetzt. Alle Mitglieder bringen einen jeweils anderen Erfahrungshorizont ein. Darauf haben beide Regierungen bei ihren Nominierungen sehr geachtet. Meine eigenen Erfahrungen schliessen in der Tat die Kenntnis der politischen Zusammenhänge in beiden zukünftigen Trägerkantonen ein; das kann gewiss nichts schaden. Auch national kenne ich die Wege einiger Massen; und auch das kann im Zusammenhang damit, dass die Schweizer Universitäten vom Bund künftig noch wesentlich mehr erwarten, nützlich sein.

Sind Sie allenfalls, wie man das von Finanzdirektoren her kennt, ein Sparminister?

Ueli Vischer:

Nein, hier habe ich eine andere Rolle. Als Vertreter möchte ich, dass die Universität über genügend Mittel verfügt; das kann im Grunde kaum je genug sein. Die Universität hat finanziell einen besonderen Status. Sie muss nicht wie ein privates Unternehmen Gewinne machen, sondern darf alles Geld, das man ihr gibt, ausgeben. Andererseits darf sie aber nur das ihr zur Verfügung stehende Geld ausgeben, sich also

Ueli Vischer

Ueli Vischer, geboren 1951, studierte Jurisprudenz an der Universität Basel, erlangte hier 1974 das Lizentiat und promovierte anschliessend. Nach dem Erwerb des Anwaltpatents bildeten unter anderem der Schweizerische Bankverein, der Basler Volkswirtschaftsbund und die Basler Versicherungsgesellschaft Stationen seiner beruflichen Laufbahn. Parallel dazu verfolgte Ueli Vischer eine politische Karriere und war von 1980 bis 1992 für die Liberal-Demokratischen Partei Mitglied des Grossen Rates, 1989 als dessen Präsident. Als Regierungsrat stand Vischer von 1992 bis zu seinem Rücktritt Anfang 2005 dem Finanzdepartement des Kantons Basel-Stadt vor. Heute arbeitet er als Partner des Anwaltsbüros Vischer. Ueli Vischer ist nominiert, im Frühjahr 2006 das Verwaltungsratspräsidium der Messe Schweiz zu übernehmen. Seit dem 1. September 2005 ist er Präsident des Universitätsrates.

nicht verschulden, wie das die Öffentliche Hand tun kann. Die Finanzpolitik der Universität muss folglich darin bestehen, einerseits möglichst viele Quellen zu erschliessen und dann das zur Verfügung stehende Geld bezüglich der angestrebten Wirkungen optimal einsetzen.

Welche Wirkung oder Bedeutung hat die Universität für Basel? Die Frage ist vielleicht banal, aber es gibt unzählige Universitäten, die alle von sich behaupten die besten zu sein.



Ueli Vischer:

Das würde ich von der Uni Basel zwar nicht behaupten, denn die besten Universitäten sind immer noch jene in den USA. Aber ein ganz gewichtiges Ziel unserer Universität muss darin bestehen, hohe Qualität anzubieten und immer besser zu werden. Denn die Ausstrahlung einer Universität hängt wesentlich von der Qualität ihrer Angebote, insbesondere ihres akademischen Personals, ab. Wir wollen unserer Jugend eine hervorragende Ausbildung geben. Wir wollen der Wirtschaft und Gesellschaft gut ausgebildete Leute zur Verfügung stellen. Die eigentliche Exzellenz einer Universität liegt sodann in deren exzellenter Forschungstätigkeit; hier gilt es, bewusst Schwerpunkte zu setzen. Und dann ist eine Universität ganz generell eine Bereicherung für die Region, in der sie aktiv ist. Viele interessante, gebildete Leute bevölkern wegen dieser Universität die Region; viele Menschen mit speziellen und vertieften Interessen. Das ergibt eine Vielfalt nicht zuletzt an kultureller Ausstrahlung. Es macht eine Region interessanter, dynamischer. All das sind sicher genügend Erklärungen für das Phänomen, dass die Bedeutung unserer Universität für das gesamte

gesellschaftliche Leben in Stadt und Land völlig unbestritten ist.

Warum war der Kanton Baselland bisher so zurückhaltend?

Ueli Vischer:

Der Weg der Beteiligung des Kantons Baselland an der Universität bis hin zur gemeinsamen Trägerschaft, welche hoffentlich 2007 zum Tragen kommen wird, dauerte Jahrzehnte. Es hat etwas mit der enormen Entwicklung des Kantons Baselland und dem damit

einhergehenden gestiegenen Selbstbewusstsein im allgemeinen, aber auch mit seiner Schul- und Hochschulpolitik im speziellen zu tun. Baselland ist längst gleichwertiger Partner. Bezüglich der Universität sieht man das schon aus der Entwicklung der Anzahl Studenten. Andererseits mussten sich Baselbieter fragen, weshalb sie freiwillig mehr bezahlen sollten, als es die interkantonalen Regeln vorschreiben. Die gemeinsame Trägerschaft ist somit zwar absolut logisch und auch gerecht, dennoch ist sie ein grosser Schritt, den man nicht hoch genug einschätzen kann. Die Universität bekommt nicht nur mehr Mittel, sie bekommt auch einen zweiten Trägerkanton. Das stärkt sie weit über das Finanzielle hinaus. Die Universität wird als Universität beider Basel die grosse Gewinnerin dieser bemerkenswerten politischen Entwicklung sein.

Interview: KK



Förderverein Universität Basel

Einladung

Wir laden unsere Mitglieder und weitere Interessenten herzlich ein zu einem Referat von Dr. Ueli Vischer, Präsident des Universitätsrates.

Thema:

Chancen unserer Universität im Umfeld der gemeinsamen Trägerschaft BL/BS

Anschliessend Diskussion.

Danach findet die ordentliche Mitgliederversammlung des Fördervereins Universität Basel statt, mit den separat erwähnten Traktanden. (siehe Beilage zu dieser Ausgabe)

Wo und wann?

Aula des Bildungszentrums Coop
Seminarstrasse 12-22, Muttenz
Donnerstag, 3. November 2005, 17.30 Uhr

3 Fragen an das neue Mitglied des Universitätsrates Klaus Endress

«Die Vernetzung der Uni ist mir ein besonderes Anliegen»



1. Als stark engagierter Wirtschaftsführer sind Sie seit einigen Monaten nun auch noch Mitglied des Universitätsrates der Universität Basel. Worin liegt Ihre Motivation, sich eine solche Zusatzaufgabe aufzubürden?

Klaus Endress:

Wie viel Zeit man für etwas hat, hängt von den Prioritäten ab, die man persönlich setzt. Und das Thema Aus- und Weiterbildung – meine eigene, die der anderen; im Unternehmen, in der Politik und jetzt auch im Universitätsrat – geniesst bei mir sehr hohe Priorität. Denn sie ist wichtig, wie ich meine, gar entscheidend für unsere Zukunft. Denn wenn uns das Wissen als der Wettbewerbsvorteil schlechthin in Zentraleuropa abhanden kommt, wäre das schlecht für uns alle – für die Unternehmen, für die Menschen, und für die Gesellschaft, deren Wohlstand nicht zuletzt von unserem wirtschaftlichen Erfolg abhängt.

2. Gut, aber auf welche Weise wirkt die Universität auf die Wirtschaft? Spielt in der globalisierten Wirtschaft, in der Distanzen eigentlich keine mehr sind, eine „lokale Universität“ überhaupt noch eine nennenswerte Rolle?

Klaus Endress:

80 Prozent aller Innovationen entstehen durch Kommunikation – und Kommunikation findet zwischen Menschen statt, im direkten Kontakt und Austausch. Deswegen ist es wichtig, dass man sich sehen, treffen, sprechen kann. Räumliche Nähe und persönliche Begegnungen bleiben also auch im Zeitalter der elektronischen Kommunikation bedeutende Faktoren, wenn wir unsere Innovationsfähigkeit verbessern wollen. Die Vernetzung der Industrie mit den Fachhochschulen und den Universitäten der Regio ist mir deshalb ein besonderes Anliegen. Diplomarbeiten und Praktika im Unternehmen können diesen Austausch noch in-

tensiver machen – und sind obendrein sowohl für die Studierenden wie auch für die Wirtschaft gleichermaßen von Vorteil.

3. Was meinen Sie zur Trägerschaft: Ist es Ihrer Ansicht nach wichtig, dass der Kanton Basel-Landschaft sich an der Universität Basel gleichwertig neben Basel-Stadt beteiligt? Ist unser Denken da allenfalls in kleinräumigem Patriotismus hängen geblieben?

Klaus Endress:

Zunächst einmal: Ich halte die Bildung und ein gutes Bildungssystem für ausserordentlich wichtig. Nur ein hoher Bildungs- und Ausbildungsstandard ermöglicht uns, auf Dauer den hohen Lebensstandard zu halten. Als Bürger „bezahlen“ wir den Staat mit unseren Steuern dafür, dass er dieser so überaus wichtigen Aufgabe gerecht wird, gut gerecht wird.

Ich würde es für falsch halten, in der Frage der Universitäten an der Kantonsgrenze halt zu machen. Ob die Kosten nun gerade 50:50 aufgeteilt werden müssen, darüber kann man sicherlich lange streiten.

Bevor man aber eine gute Sache zerredet und sie beschädigt, sollte man pragmatisch Handeln. Ich glaube aber, wir sind hier auf einem guten Weg. Darüber bin ich froh!



Klaus Endress

Klaus Endress (Jahrgang 1948) schloss sein Studium an der Technischen Universität Berlin als Diplom-Wirtschaftsingenieur ab. Er war bei verschiedenen Unternehmen in den Vereinigten Staaten tätig, ehe er bei Endress+Hauser eintrat. 1987 wurde er Hauptgeschäftsführer des grössten Produktionswerks von Endress+Hauser in Maulburg (Deutschland), 1992 wechselte er zur Holding in Reinach (Schweiz). Anfang 1995 übernahm Klaus Endress die operative Leitung des Gesamtunternehmens von seinem Vater, Dr. h. c. Georg H. Endress, dem Gründer der Firmengruppe. Klaus Endress ist verheiratet und Vater zweier Kinder.

Seit dem 1. April 2005 ist er Mitglied des Universitätsrates. Er ist als Nachfolger von Prof. Franz Blankart als Mitglied der Baselbieter Delegation gewählt worden. Der Delegation gehören ferner Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli sowie Jacqueline Guggenbühl an.

Förderverein der Uni ehrt Gründungsmitglieder



Dank an Hans Hafen (rechts)

An einer kleinen Feier im wunderschönen Brüglinger Garten in Münchenstein ehrte der Förderverein Universität Basel zwei seiner Gründungsmitglieder: Dr. Werner Schneider und Dr. Hans Hafen. Werner Schneider war bis Ende 2004 Präsident des Fördervereins, aber er

leistete vor allem auf politischer Ebene, nicht zuletzt als langjähriger Gemeindepräsident, als Landrat und Mitglied der fünfköpfigen Kuratel Entscheidendes für die Anerkennung und Unterstützung der Universität Basel durch den Kanton



Dank an Werner Schneider

Basel-Landschaft. Hans Hafen, Mitstreiter von Werner Schneider und seinerseits Landrat und Rektor des Gymnasiums Münchenstein war engagierter Verbündeter Schneiders im Vorstand des Fördervereins.

Dies war Anlass für den Verein, den beiden zurückgetretenen Funktionären per Urkunde eine Ehrenmitgliedschaft in die Hand zu drücken und den Gemahlinnen einen Blumenstrauss. Vereinspräsident Jean-Luc Nordmann lobte den überzeugten Einsatz der beiden für eine Sache, die jetzt mit der gemeinsamen Träger-

schaft ab 1. Januar 2007, nicht zuletzt aufgrund ihres Wirkens, in greifbare Nähe rückt. Noch aber, so Nordmann, kann sich der Förderverein nicht zurücklehnen.



Werner Schneider mit seiner Lieblingszeitung

Jetzt kommt es darauf an!

Der Förderverein sucht noch weitere Mitglieder! Das ist gerade jetzt im Hinblick auf die kommende Diskussion um die gemeinsame Trägerschaft von grosser Bedeutung.

Dieser Ausgabe von Uni PLUS liegt ein Faltprospekt bei, der Aufschluss gibt über Organisation, Tätigkeiten und Zielsetzungen des Fördervereins.

Geben Sie diesen Faltprospekt an Interessentinnen und Interessenten weiter. Melden Sie uns Adressen von Personen, welche die Ziele unseres Vereins unterstützen.

- Ich melde diese Person als Interessentin/Interessent an:
- Ich trete dem Förderverein der Universität Basel bei:

Firma

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Ausschneiden und senden an:
Förderverein Universität Basel, Werner Strüby,
Kirschgartenstrasse 28, 4147 Aesch

impresum

HERAUSGEBER

Adresse
Förderverein der
Universität Basel,
Werner Strüby
Kirschgartenstrasse 28
4147 Aesch
fub.sekretariat@gmail.com

Präsident:
Jean-Luc Nordmann

REDAKTION

Klaus Kocher
Klusstrasse 29a
4147 Aesch
Tel. 061 753 03 30
uniplus@bluewin.ch

REDAKTIONSKOMMISSION

Béatrice Grieder, Ivo Corvini,
Peter Hellinger

REDAKTIONSSCHLUSS

war am 5.10.2005
Versand am 18.10.2005

INTERNET

www.foerdereverein-unibasel.ch

GESTALTUNG / PRODUKTION

Patrick Sayer, Binningen

DRUCK

Kurt Fankhauser AG, Basel
Auflage 1300 Ex.